Griechenlandkrise

Unerwartete Hilfe

Konservative wünschen sich mehr Macht fürs EU-Parlament – und stärken so Alexis Tsipras den Rücken.

Alexis Tsipras bekommt Unterstützung aus dem konservativen Lager. Der bisherige Griechen-Premier hatte vorgeschlagen, das europäische Parlament stärker an der Kontrolle der griechischen Reformen zu beteiligen. Ein Plan, den nun auch CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok verfolgt, zuständiger Berichterstatter im Ausschuss für konstitutionelle Fragen. Brok fordert, dass das Parlament die Arbeit der Europäischen Zentralbank, der EU-Kommission, des Rettungsschirms ESM und des Internationalen Währungsfonds künftig stärker überprüft und so auch die griechischen Reformbemühungen besser im Blick hält. In einem Papier, das er nächste Woche in Brüssel vorlegen will, fordert Brok, dass die vier Institutionen dem Parlament regelmäßig Bericht

Tsipras im EU-Parlament

erstatten. Die Volksvertretung müsse auch das Recht erhalten, die Griechenland-Kontrolleure kurzfristig einzubestellen. Eine direkte Teilnahme von Parlamentariern an der Expertengruppe lehnt Brok aber ab: „Wir sind keine Exekutive.“ Die Grünen im Europaparlament drängen ebenfalls auf mehr Rechte. „Das Europäische Parlament sollte bei der Kontrolle der Programme mit einbezogen werden“, sagt Ska Keller, die Vizepräsidentin der Grünen-Fraktion. Tsipras hatte seinen Vorschlag in einem Brief an den Parlamentspräsidenten Martin Schulz damit begründet, dass in der EU nur das Parlament ein Mandat der Bevölkerung habe. Kritiker der Idee glauben, Tsipras erhoffe sich von den Parlamentariern mehr Milde als von den anderen Kontrolleuren. mp, csc

Krankenkassen

SPD will Arbeitgeber stärker belasten

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, will Arbeitgeber wieder stärker an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligen. Hintergrund ist die drohende Erhöhung des durchschnittlichen Beitragssatzes um bis zu 0,3 Prozentpunkte im nächsten Jahr. Der Anstieg müsste von den Arbeitnehmern allein getragen werden. Arbeitgeber kämen ungeschoren davon, weil ihr Beitrag per Gesetz eingefroren ist. „Paritätische Finanzierung ist ein bewährter und gerechter Grundsatz. Wir sollten wieder dahin zurückkehren“, sagte Oppermann. Zugleich mahnte er, es müsse auch dafür gesorgt werden, „dass die Lohnnebenkosten insgesamt nicht aus dem Ruder laufen“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert die Große Koalition aus Union und SPD zum Handeln auf. Nur die Beschäftigten stärker zur Kasse zu bitten sei „ungerechtfertigt und sozial ungerecht“, kritisierte DGB-Chef Reiner Hoffmann. „Die Bundesregierung muss endlich wieder zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zurückkehren – und zwar jetzt, bevor die Beiträge steigen.“ kn, mad

Kittihawk

Ukraine

Merkel prüft Putin

Angela Merkel ist zu einem Treffen mit Wladimir Putin bereit, um den Konflikt in der Ukraine zu entschärfen. Am Samstag will sie mit dem russischen Präsidenten telefonieren und ausloten, ob er ernsthaft eine Lösung der Krise anstrebt. Sollte das so sein, könnte es schon bald zu einem Gipfel im sogenannten Normandieformat kommen. An dem würden neben Putin auch der französische Präsident François Hollande und der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko teilnehmen. Das Kanzleramt kritisiert die ständigen Verstöße gegen das Minsker-Abkommen vom Februar, die intern vor allem den Separatisten angelastet werden. ran

FOTO: YANNIS KONTOS / POLARIS / LAIF; KARIKATUR: KITTIHAWK FÜR DEN SPIEGEL

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel